

LAND TAGS KURIER

Save the date!
Tag der
offenen Tür
2.10.2016



Seite 4:
Doppelhaushalt
für die Jahre
2017 und 2018



Seite 14:
Sächsischer Landtag
beim Tag der Sachsen
in Limbach-Oberfrohna



Seite 16:
Abgeordnete und
Mitarbeiter im
FC Landtag aktiv

Ausgabe
6.16



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

im August kam der Landtag zur 1. Beratung des Entwurfes zum Haushaltsgesetz 2017/2018 zusammen, der zuvor von der Staatsregierung in den Landtag eingebracht worden war. Gegenwärtig beraten die Abgeordneten den Gesetzentwurf unter Federführung des Haushalts- und Finanzausschusses in den Fachausschüssen des Parlaments, um Mitte Dezember in 2. Beratung über den Haushalt abzustimmen. Eines aber steht heute schon fest: Dank einer guten Konjunktur kann das Land so viel Geld ausgeben wie in keinem Haushalt zuvor.

Wie dringend dieses Geld vor allem in den Bereichen Bildung und Innere Sicherheit benötigt wird, brachten bereits die Themen der Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen im September deutlich zum Ausdruck. So wurde die Sicherheitslage unter dem Titel »Die Bürger im Freistaat Sachsen schützen – Innere Sicherheit gewährleisten« von den Abgeordneten diskutiert. Nach den islamistischen Anschlägen in Bayern und Baden-Württemberg wird nicht nur im Bund, sondern auch in Sachsen auf die geänderte Sicherheitslage reagiert: mit zusätzlichen Polizisten, mehr Einstellungen junger Polizeianwärter und einer Wachpolizei.

Im Schulwesen stand angesichts der Personalsituation zu Beginn des neuen Schuljahres die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte auf der Tagesordnung. Immer mehr junge Lehrer, aber auch Seiteneinsteiger sollen fortan den Schulunterricht in Sachsen in einer hohen Qualität sichern, wie sie dem Freistaat erst im aktuellen Bildungsmonitor wieder attestiert worden ist.

Was wir in Sachsen können, was wir wollen und wer wir sind, wurde zuletzt beim 25. Tag der Sachsen in Limbach-Oberfrohna eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Innerhalb eines Vierteljahrhunderts machte das größte Fest der Vereine und Verbände bereits in allen Regionen unseres Freistaates Station und brachte uns deren Schönheiten und Leistungskraft generationenübergreifend nahe. Auch das diesjährige erste Wochenende im September hatte sein ganz eigenes Gesicht. Gleichwohl waren diese Tage von dem Grundgedanken geprägt, ein Fest von Sachsen für Sachsen zu sein, das vom ehrenamtlichen Engagement der Bürger für Bürger seine Unverwechselbarkeit und seine ungebrochene Vitalität erhält. Als Präsident des Kuratoriums »Tag der Sachsen« lade ich die Leserinnen und Leser des Landtagskuriers schon heute recht herzlich zum 26. Tag der Sachsen nach Löbau ein.

Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

38. Sitzung des Sächsischen Landtags Solider, generationengerechter Haushalt Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018 zur Beratung eingebracht	4
39. Sitzung des Sächsischen Landtags Bürger schützen – Sicherheit gewährleisten Zur Situation nach den Anschlägen in Bayern und Baden-Württemberg	6
39. Sitzung des Sächsischen Landtags Keine Lehrkräfte – kein Unterricht? DIE LINKE: CDU-Versagen stoppen – Bildungsnotstand verhindern	8
39. Sitzung des Sächsischen Landtags Lärmschutz, Rotwild und Winterabschiebestopp standen im Fokus Petitionsausschuss zieht Bilanz für 2015	9
40. Sitzung des Sächsischen Landtags »Behindern verhindern« Der Freistaat Sachsen auf dem Weg in die inklusive Gesellschaft	10
40. Sitzung des Sächsischen Landtags Wenn Kinder heiraten (müssen) AfD: 56 Kinderehen in Sachsen	12

AKTUELLES

Darf ich Ihnen mal 'ne Frage stellen? Der 25. Tag der Sachsen ist Geschichte	14
Den respektvollen Umgang tragen wir auch in den Plenarsaal. FC Landtag – Ein Besuch bei den Freizeitkickern des Sächsischen Landtags	16

SONDERTHEMA

»Bürger und Demokratie« – Repräsentation	18
---	----

JUGEND

Von Washington nach Dresden Eine US-amerikanische Studentin über den Sächsischen Landtag	21
---	----

GESCHICHTE

»Sachsens »große« Männer« digital Eine Karikaturensérie in der Dresdner Volkzeitung von 1926	22
---	----

SERVICE

Weitere Informationen	24
-----------------------------	----

// Titelmotiv: Musikalische Unterhaltung auf der Landtagsbühne
zum Tag der Sachsen in Limbach-Oberfrohna. // Foto: O. Killig

Haushalt 2017/2018

Innere Sicherheit

Inklusion Behinderter



Foto: S. Giersch

// Die Entwürfe des Haushaltsgesetzes 2017/2018, des Haushaltsbegleitgesetzes sowie des Gesetzes zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen standen im Mittelpunkt der Beratung während der 38. Sitzung des Landtags am 11. August 2016. Zwei Aktuelle Debatten widmeten sich auf der 39. Sitzung am 31. August den Themen Innere Sicherheit und Gewährleistung des Lehrerberarfs an den sächsischen Schulen, außerdem wurde der Bericht des Petitionsausschusses 2015 zur Kenntnis genommen. Auf der 40. Sitzung am 1. September wurde unter anderem über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Freistaat Sachsen debattiert. //



Solider, generationengerechter Haushalt

Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018 zur Beratung eingebracht

Uwe Nösner

// Am 11. August 2016 kam der Landtag zu seiner 38. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen die 1. Beratung der Entwürfe des Haushaltsgesetzes 2017/2018 und des Haushaltsbegleitgesetzes sowie des Gesetzes zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen, die zuvor von der Staatsregierung in den Landtag eingebracht worden waren. Dank einer guten Konjunktur kann das Land so viel Geld ausgeben wie in keinem Haushalt zuvor. Der Landtag wird in den kommenden Monaten zum Haushalt beraten und Mitte Dezember in 2. Beratung über den Haushalt abstimmen. //

Eingangs erläuterte Finanzminister Prof. Dr. Georg Unland die Eckdaten des Regierungsentwurfs. 2017 liege das Haushaltsvolumen bei 18,4 und 2018 bei 18,7 Milliarden Euro. Erstmals überschreite das jährliche Haushaltsvolumen deutlich die Grenze von 18 Milliarden Euro. Mit einer Investitionsquote von rund 16 Prozent pro Jahr bleibe der Freistaat im bundesweiten Vergleich führend und sichere damit Sachsens Zukunftsfähigkeit. Für die Herausforderung Asyl und Integration seien für

das Jahr 2017 Ausgaben von 780 und für das Jahr 2018 von 650 Millionen Euro vorgesehen. Die Personalausgaben erreichten im Kernhaushalt ein Rekordniveau von 4,58 Milliarden für das Jahr 2017 und 4,73 Milliarden Euro für 2018. Zugleich warnte er vor einer zu hohen Staatsquote beim Personal, da dieses auch immer der Privatwirtschaft verlorengelange. Schwerpunkte bildeten die Innere Sicherheit, Bildung und Forschung, Gesundheit sowie die Finanzierung der Kommunen.

Planlose Politik

Rico Gebhardt, DIE LINKE, kritisierte Ministerpräsident Stanislaw Tillich und bezeichnete insbesondere die Personalpolitik der Staatsregierung als hilflos, planlos und verantwortungslos. Das Ergebnis seien Wachpolizei, Lehrkräfte ohne pädagogische Ausbildung und in der Justiz Rechtspfleger als Hilfsstaatsanwälte. Sachsen fehle nicht das Geld. Vielmehr gingen dem Land die qualifizierten Leute aus. Es fehlten Fachkräfte in allen

Lebensbereichen. Mit Blick auf Europa müsse die sächsische Landespolitik darüber hinaus auch Antworten geben und sinnvolle Lösungen aufzeigen gegen die politische Krise der Europäischen Union, gegen die Unfähigkeit der EU, die humanitäre Krise der Geflüchteten gemeinsam zu lösen, gegen die zunehmende Militarisierung der Außenbeziehungen und gegen Terrorismus-Bedrohungsszenarien sowie gegen überbordende nationalistische und rechte Bewegungen. Entspre-



// Frank Kupfer



// Rico Gebhardt



// Dirk Panter



// Dr. Frauke Petry



// Volkmars Zschocke

chende Impulse aus Sachsen seien jedoch nicht zu erkennen.

Mit Taschenrechner

Frank Kupfer, CDU, betonte, dass der politische Ansatz verantwortungsvoller Haushalts- und Finanzwirtschaft nach wie vor darauf ausgerichtet sei, nur das auszugeben, was an finanziellen Mitteln erwirtschaftet werden könne. Die Politik seiner Fraktion bleibe auf der Basis geordneter und solider Staatsfinanzen entscheidungsfähig, handlungsfähig und verlässlich. Das zeige zum Beispiel das im vergangenen Jahr auf den Weg gebrachte Investitionspaket »Brücken in die Zukunft«. Es diene zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft in Sachsen. Die CDU mache keine Politik mit der Glaskugel oder der Wunschelrute, sondern nehme den Taschenrechner in die Hand. Klare Zahlen und harte Fakten lägen den Entscheidungen zugrunde.

Spielräume nutzen

Sachsen müsse nach Ansicht seiner Fraktion, so Dirk Panter, SPD, seine finanziellen Spielräume konsequent nutzen, um das Land auf lange Sicht gut aufzustellen. Der Freistaat habe ein sehr solides finanzielles Fundament. Es sei gelungen, beim Thema Personal das Ruder herumzureißen. Die Zeit des Stellenabbaus sei vorbei. Dennoch sei es schwer, die in der Polizei, in den Schulen und in der Landesverwaltung durch Kürzungen gerissenen Lücken zu schließen. An vielen Schulen

falle Unterricht aus, weil Lehrkräfte fehlten. Die SPD vermisste noch immer das Maßnahmenpaket zur längerfristigen Lösung des Problems des Lehrermangels. Es sei ebenfalls gelungen, die Kommunen finanziell zu stabilisieren. Gleichzeitig benötigten diese mehr Geld für den Schulhausbau, für Sportstätten und den öffentlichen Personennahverkehr.

Nicht zukunftsträchtig

Dr. Frauke Petry, AfD, bezeichnete den vorgelegten Doppelhaushalt als weder zukunftsträchtig noch vorsorglich. Nach wie vor werde zu wenig Geld in Bildung und innere Sicherheit investiert.

des Länderfinanzausgleichs bevor. Außerdem bewegten sich die eingeplanten 150-Millionen-Euro-Schuldentilgungen lediglich im homöopathischen Bereich und fielen damit viel zu gering aus. Und letztendlich würden Sachsens Steuerzahler auch noch für die verfehlte Asylpolitik, an der neben der Bundes- auch die Sächsische Staatsregierung die Mitschuld trage, mit 800 Millionen Euro in die Pflicht genommen.

Vorüberziehen der damit verbundenen wirtschaftlichen Chancen an Sachsen zu verhindern. Auch Jugendarbeit, Schulsozialarbeit sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien in schwierigen Lebenssituationen und alle präventiven Hilfen müssten nun endlich verlässlich finanziert werden. In der Vergangenheit seien großartig angekündigte Fördermittel bei den Trägern oft nicht oder viel zu spät ange-



38. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

Erstmals überschreitet das jährliche Haushaltsvolumen deutlich die Grenze von 18 Milliarden Euro.

// Prof. Dr. Georg Unland

Die versuchte Wiedergutmachung in diesen Bereichen komme zu spät und sei völlig unzureichend. Zudem würden keine Perspektiven sichtbar. Sachsen stünden zukünftig strukturelle Kürzungen bei den fast elf Milliarden Drittmitteln unter anderem in den Bereichen der EU-Fördermittel und

Öffentlich überprüfen

Abschließend forderte Volkmars Zschocke, GRÜNE, die Weichen für die nächsten zwei Jahre jetzt richtig zu stellen – hin zu einer nachhaltigen, tragfähigen Personalplanung. Dasselbe gelte für die Digitalisierung, um ein

kommen. Die Staatsregierung gebe vor, sich den entscheidenden Zukunftsfragen zu stellen. Sie tue das aber nur inkonsequent. Ob aus all den Ankündigungen am Ende auch Umsetzungen würden, bleibe abzuwarten und vor allem öffentlich zu überprüfen.

// In der Aktuellen Stunde zur 39. Sitzung des Landtags am 31. August 2016 haben CDU und SPD die Sicherheitslage unter dem Titel »Die Bürger im Freistaat Sachsen schützen – Innere Sicherheit gewährleisten« aufgegriffen. Insbesondere ging es dabei um die Beurteilung der Situation in Sachsen nach den islamistischen Anschlägen in Bayern und Baden-Württemberg. Die Koalitionsfraktionen legten dar, dass die Staatsregierung mit zusätzlichen Polizisten, mehr Einstellungen junger Polizeianwärter und der Wachpolizei auf die geänderte Sicherheitslage reagiert habe. //



Fotos: S. Giersch

Bürger schützen – Sicherheit gewährleisten

Uwe Nösner

Sicherheit, so Christian Hartmann, CDU, sei Voraussetzung für Freiheit. Diese sei aber ein zartes Pflänzchen, das von einem Zuviel an Sicherheit erdrückt werden könne. Es komme darauf an, auf der Grundlage einer Analyse die Konsequenzen aus der Gefahrensituation zu ziehen. Er warne vor einem Überbietungswettbewerb sicherheitspolitischer Forderungen und dem pauschalen Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Polizeiliche Kompetenzen und die vorherrschende Sicherheits-

Zur Situation nach den Anschlägen in Bayern und Baden-Württemberg

struktur müssten allerdings gestärkt werden. So bedürfe es der Harmonisierung der Polizeigesetze zwischen den Ländern und dem Bundesrecht, um allen Einsatzkräften in Deutschland gleiche Eingriffs-, Informations- und Ermächtigungsgrundlagen zu garantieren. Die Polizei sollte eine Trainings- und Fortbildungsoffensive starten, bei der die Zusammenarbeit zwi-

schen den unterschiedlichen Einsatzkräften in komplexen Bedrohungsszenarien geschult werde.

Stärkung vorantreiben

Seine Fraktion, so Albrecht Pallas, SPD, werde die personelle Stärkung der sächsischen Polizei und die Verbesserung

ihrer Ausrüstung weiter vorantreiben. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner werde gemäß dem Bedarf, den die Fachkommission Polizei ermittelt habe, ein Weg gefunden, um 1.000 zusätzliche Polizisten so schnell wie möglich zum Einsatz zu bringen. Im Ergebnis verfüge Sachsen dann über reichlich 14.000 Polizeibedienstete, die für die Sicherheit im Freistaat Sorge trügen. Die Forderung nach einem Burkaverbot hingegen sei nicht nur freiheitsfeindlich, sondern

// Christian Hartmann

// Rico Gebhardt

// Albrecht Pallas

// Sebastian Wippel

// Valentin Lippmann



helfe auch nicht, die Sicherheitslage zu verbessern. Dieser Versuch, ein momentanes Gefühl in der Gesellschaft zu bedienen, schüre nur weiter Ängste und bestätige islamfeindliche Einstellungen. Für seine Fraktion sei es wichtig, dass alle Menschen – egal, welcher Religion, Herkunft oder Hautfarbe sie auch sein mögen, – in Sachsen in Frieden und gleichberechtigt leben könnten.

Vorwurf der Heuchelei

Rico Gebhardt, DIE LINKE, warf der CDU eine heuchlerische Debatte in der Sicherheitspolitik vor. Seit 1990 stellten die Christdemokraten in Sachsen den Innenminister. Seitdem sei Polizei abgebaut und die öffentliche Sicherheit in Gefahr gebracht worden. Jetzt werde nach mehr Überwachung gerufen. Die CDU-geführte Regierungskoalition wolle weniger Datenschutz, dafür mehr Speicherung, mehr Staatsmacht und dafür weniger Persönlichkeitsrechte und die Einschränkung von Freiheitsrechten. Bei all dem verfüge sie über kein Konzept gegen die Terrorgefahr und religiösen Extremismus, weil sie gar nicht an die Wurzeln der Problematik herangehen, sondern nur deren Auswüchse bekämpfen wolle. An die Wurzeln heranzugehen aber bedeute, die Finanzströme des Terrors aufzuklären, Waffenexporte einzudämmen, die soziale Ungerechtigkeit im Nahen Osten und Nordafrika zu bekämpfen und sich für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung einzusetzen.

Geöffnete Tore

Sebastian Wippel, AfD, bezeichnete diese von CDU und SPD initiierte Debatte als reine Symptombekämpfung. Die Krankheit Terror sei durch deren eigene Politik mitverursacht

worden. Die deutschen Regierungen hätten Kriege der USA unterstützt, durch die moderat anlaufende Wirtschaften im Nahen Osten und in Nordafrika zerstört und Völker in die Flucht getrieben worden seien. All das habe zur Radikalisierung von Moslems beigetragen. Die Bundesregierung habe Deutschlands Tore in dieser Situation sperrangelweit geöffnet und die Kontrolle über das Land abgegeben. Durch diese verantwortungslose Politik seien unsere demokratischen Nachbarländer Polen und Tschechien verprellt worden. Deutschlands guter Ruf sei dort verloren gegangen. Des Weiteren sei es so, dass die Folgen zuallererst die einfache Bevölkerung zu tragen habe. Wenn es um tragische Angriffe auf Leib und Leben gehe, seien die politisch Verantwortlichen besser geschützt.

Auseinandersetzung bewege. Er seinerseits habe keine Angst um unsere Sicherheit. Allerdings beschleiche ihn das Gefühl, dass von deutschen CDU-Innenministern im Wahlkampfmodus ein erhebliches Sicherheitsrisiko ausgehe. Da werde jede noch so sinnfreie Maßnahme in Erwägung gezogen, um mehr Sicherheit zu suggerieren. Offenbar verbreite sich das Gefühl, nun endlich die politische Legitimation gefunden zu haben, immer tiefer in den Instrumentenkasten der ordnungsstaatlichen Sicherheitspolitik vorstoßen zu können.

heitsbehörden eingesetzt als denen überlassen werden, die unsere Freiheit beeinträchtigen wollten. Ein weiterer zu erwähnender Punkt betreffe den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit für Ausländer, wenn sie zu Kampfhandlungen in Verbindung mit terroristischen Aktivitäten im Ausland gewesen seien. Ein drittes Thema schließlich bilde die aus seiner Sicht frauen- und demokratiefeindliche Vollverschleierung, mit der die Parallelgesellschaft geför-



Unsere Gesellschaft lebt davon, Gesicht zu zeigen.

// Markus Ulbig

39. Sitzung des Sächsischen Landtags

Eine Lehrstunde

Nach Auffassung von Valentin Lippmann, GRÜNE, sei diese Sicherheitsdebatte im Sächsischen Landtag zu einer Lehrstunde geworden. Wenn der AfD-Abgeordnete Sebastian Wippel in Bezug auf die Opfer der Anschläge im Sommer sage, dass es leider nicht die politisch Verantwortlichen getroffen habe, dann mache das mehr als deutlich, wohin es führe, wenn man sich aus einer Welt aus Verschwörungstheorien und Hass in die politische

Gesicht zeigen

Abschließend betonte Innenminister Markus Ulbig, dass er es für gerechtfertigt halte, danach zu fragen, ob die rechtlichen Rahmenbedingungen noch geeignet und ausreichend seien oder nachjustiert und Videoüberwachung verstärkt in öffentlichen Bereichen eingesetzt werden müsse. Moderne Systeme sollten doch wohl eher für die Arbeit von Polizei und Sicher-

dert werde. Unsere Gesellschaft lebe davon, Gesicht zu zeigen. Dazu gehöre auch das Verbot der Vollverschleierung zumindest in öffentlichen Gebäuden.



www.landtag.sachsen.de



39. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Die 2. Aktuelle Debatte zur 39. Sitzung des Sächsischen Landtags am 31. August 2016 war von der Fraktion DIE LINKE beantragt worden. Sie trug den Titel: »Keine Lehrkräfte – kein Unterricht. CDU-Versagen stoppen – Bildungsnotstand verhindern!«. //

Uwe Nösner

// Cornelia Falken // Foto: S. Giersch

Keine Lehrkräfte – kein Unterricht?

DIE LINKE: CDU-Versagen stoppen – Bildungsnotstand verhindern

Cornelia Falken, DIE LINKE, bezeichnete die Ignoranz, die Überheblichkeit, die Arroganz der Macht bei den Vertretern der CDU als unbeschreiblich. Die Schulbildung schein ihnen nichts wert zu sein. Der Finanzminister erkläre, Gelder für die nächsten Generationen zurücklegen zu wollen, während die gegenwärtige Generation diese Mittel benötige. Sachsen brauche jetzt ein Personalentwicklungskonzept und ein Gesamtpaket für die Attraktivität des Lehrerberufes. Dem hielt Lothar Bienst, CDU, entgegen, dass Sachsens Bildungssystem über eine hohe Qualität verfüge, was im aktuellen Bildungsmonitor erneut unter Beweis gestellt worden sei. Sachsen liege zum elften Mal auf Platz Eins. Seiner Fraktion könne gewiss auch keine Schuld zugewiesen werden, wenn junge Menschen nicht bereit seien, in den Fächern Mathematik, Infor-

matik, Naturwissenschaft oder Technik zu studieren und man Schularten wie Oberschule, Förderschule oder Berufsschule zunehmend negiere.

Lösungen entwickeln

Sabine Friedel, SPD, gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es der Staatsregierung gelingen möge, zügig und nachhaltig Lösungen für die im Schulbereich bestehenden Probleme zu entwickeln. Es müsse gemeinsam geschafft werden, die Schule in Sachsen auf ein Gleis zu stellen, auf dem mit Zeit und Vertrauen daran gearbeitet werden könne, gute Bildung für Menschen mit Zukunft zu organisieren. Andrea Kersten, AfD, wiederum zeigte sich erstaunt über die Aussage von Kultusministe-

rin Kurth auf der 32. Landkreisversammlung in Burgstädt, dass ihr Ministerium gern mit Fachleuten die Diskussion zu Veränderungen aufnehme und diese Vorschläge im Schulausschuss diskutiere. Bisher sei in diesem Ausschuss noch zu keinem Thema ergebnisoffen diskutiert worden. Der Schulausschuss sei bislang lediglich ein Feigenblatt der parlamentarischen Arbeit gewesen.

Gegen Ungerechtigkeiten

Aus Sicht ihrer Fraktion, so Petra Zais, GRÜNE, stehe an erster Stelle die Beseitigung der Ungerechtigkeiten bei der Bewertung und Eingruppierung der Lehrerinnen und Lehrer, um die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen. Verantwortung

müsse honoriert und ein Klima der Wertschätzung etabliert werden. Dazu gehörten Rahmenbedingungen wie Schulhäuser, Turnhallen, eine moderne Ausstattung und die Möglichkeit digitalen Lernens ebenso wie Familienfreundlichkeit.

Das Schuljahr 2016/2017, so Brunhild Kurth abschließend, habe pünktlich und solide begonnen können. Der hohe Prozentsatz von Seiteneinsteigern unter den dafür neu eingestellten Lehrerinnen und Lehrern sei keine leichte Entscheidung gewesen und eine Herausforderung für alle Beteiligten. Schließlich brachte die Kultusministerin noch zum Ausdruck, dass Fingerzeige und Diskussionen zulasten einzelner Lehrer und Schulen niemanden weiterbrächten, auch nicht in einer Debatte im Parlament.

Lärmschutz, Rotwild und Winterabschiebestopp standen im Fokus

Petitionsausschuss zieht Bilanz für 2015

// Der Landtag hat in seiner 39. Sitzung am 31. August 2016 den »Bericht des Petitionsausschusses 2015« zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Kerstin Lauterbach (DIE LINKE), zeigte sich zufrieden: »Ich sehe es als ständige Aufgabe, die Popularität des Ausschusses zu steigern und dadurch noch mehr Menschen zu ermutigen, von ihrem Recht Gebrauch zu machen. Der Petitionsausschuss bildet eine wichtige Schnittstelle zwischen Parlament und Bevölkerung und ist eine wertvolle Möglichkeit für die Bürger, sich aktiv in die Politik einzubringen.« //

Insgesamt erreichten im vergangenen Jahr 690 Schreiben den Petitionsausschuss, wovon letztlich 465 Bitten und Beschwerden vom Sächsischen Landtag behandelt wurden. Damit sank das Petitionsaufkommen im Vergleich zum Vorjahr (748 Schreiben/ davon 662 Petitionen beim Sächsischen Landtag).

Inhaltliche Schwerpunkte

Inneres: 117 Einzelpetitionen, die beim Sächsischen Landtag 2015 eingingen, berührten den Fachbereich Inneres. Davon betrafen 33 Anliegen das Kommunalwesen, 25 das Bauwesen sowie 20 die öffentliche Sicherheit und Ordnung

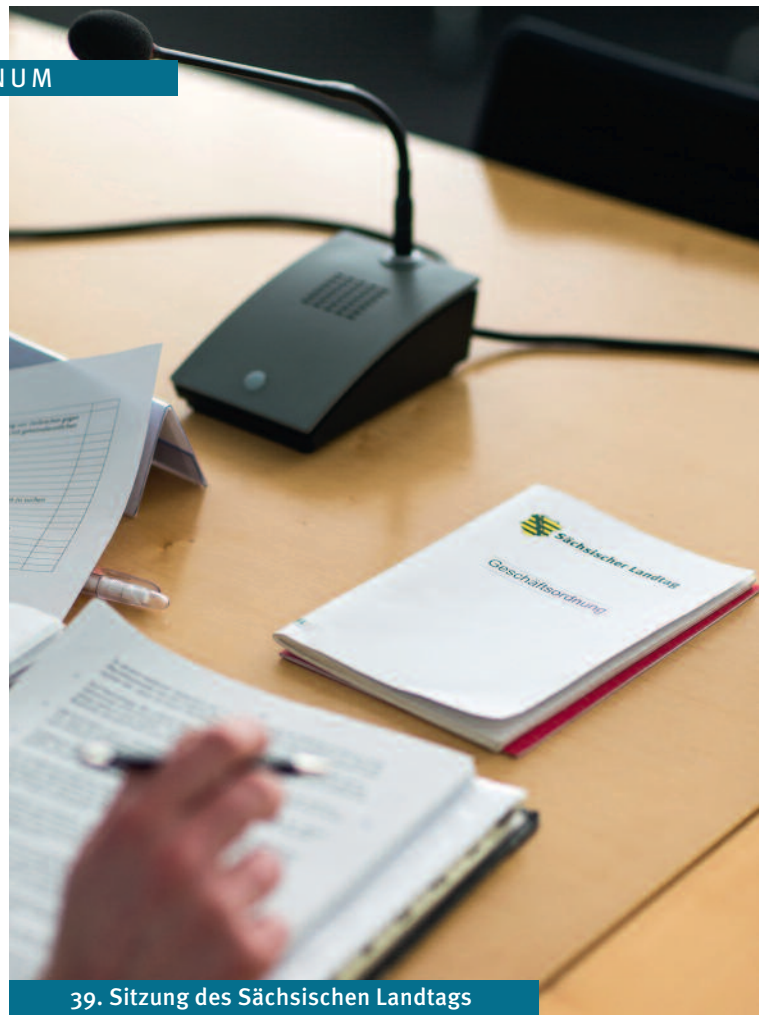
Soziales/Verbraucherschutz: Mit 96 Einzelpetitionen richteten sich die Bürger am zweithäufigsten mit Bitten und Beschwerden aus dem sozial- und gesundheitspolitischen Fachbereich an die Landtagsabgeordneten. 39 Anliegen davon betrafen die

Themen Sozialversicherung, Altershilfe, Renten- und Pflegeversicherung, 37 Hilfesuche bezogen sich auf Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II).

Justiz: Einen weiteren Schwerpunkt bildeten 73 Petitionen aus dem Bereich Justiz. 30 Petitionen gingen davon zum Justizvollzug in Sachsen ein und 26 Eingaben betrafen die Arbeitsweise der Staatsanwaltschaften und Gerichte.

Massen- und Sammelpetitionen

Unter den 2015 eingegangenen Bitten und Beschwerden befanden sich zwei Massenpetitionen (viele Petitionen mit dem gleichen Anliegen, z. B. Postkartenaktion), die sich beide mit dem Thema Lärmschutz befassten. 1.840 Bürger begehrten die Verbesserung des Verkehrslärmschutzes auf Bundes- und Landesebene im Straßen- und Schienenverkehr. 190 Petenten



39. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: O. Killig

forderten zur Erhöhung der Sicherheit und der Lärmreduzierung ein durchgängiges Tempolimit von 30 km/h auf der Ortsdurchfahrt der Bundesstraßen B 87 und B 186 in Markranstädt. Zu 44 Anliegen reichten insgesamt 46.640 Petenten Sammelpetitionen (Unterschriftensammlungen) ein. Dabei zählte die Petition, deren Petenten den Erlass eines Winterabschiebestopps für Flüchtlinge begehrten, mit 11.500 Unterschriften zur umfangreichsten Sammelpetition im Berichtsjahr 2015. Die Petition »Rotwild im Erzgebirge – Rotwildmanagement« unterschrieben 8.075 Personen. 5.355 Bürger setzten sich mit ihrer Unterschrift für die Rücknahme der Erlaubnis zum Einsatz von Mäusegift ein.

Weitere Zahlen und Fakten

Im Berichtszeitraum schloss der Landtag 588 Eingaben ab (darunter auch bereits 2014

eingegangene Petitionen). Zwei Drittel (379 von 588) konnten innerhalb von drei bis zwölf Monaten abgeschlossen werden. Spitzenreiter bei der Einreichung von Petitionen waren 2015 die Dresdner. Sie reichten 60 Petitionen ein, gefolgt vom Landkreis Meißen mit 40 Petitionen. Knapp dahinter liegen der Landkreis Bautzen (35) sowie die Stadt Leipzig und der Landkreis Mittelsachsen (je 32). Rund 23 Prozent der 2015 abgeschlossenen Petitionen (109 von 465) waren ganz oder teilweise erfolgreich: 66 Petitionen erklärte der Ausschuss für erledigt, 24 Petitionen wurde abgeholfen und damit dem Verlangen des Petenten durch bestimmte Maßnahmen entsprochen. Weitere 19 Bitten und Beschwerden überwies der Landtag zur Berücksichtigung an die Staatsregierung. In 318 Fällen konnte dem Anliegen des Petenten nicht entsprochen werden.

Quelle: <http://www.landtag.sachsen.de/de/service/presse/15469.cshtml>



Foto: S. Giersch

Uwe Nösner

»Behindern verhindern«

Der Freistaat Sachsen auf dem Weg in die inklusive Gesellschaft

Gernot Krasselt, CDU, würdigte die Kampagne »Behindern verhindern« des Sozialministeriums. Ziel sei es, Behinderte ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Vorurteile könnten auf diese Weise abgebaut werden. Menschen mit Behinderungen seien ein normaler Teil der Gesellschaft. Im Herbst solle der Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von der Staatsregierung beschlossen werden. Er werde fünf Schwerpunkte enthalten: Arbeit, Mobilität, Gesundheit, Wohnen und gesellschaftliche Partizipation.

// Auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD stand auf der 40. Sitzung des Sächsischen Landtags am 1. September 2016 eine Aktuelle Debatte unter dem Titel »Behindern verhindern – der Weg des Freistaates Sachsen in die inklusive Gesellschaft« auf der Tagesordnung. Die Kampagne »Behindern verhindern – Zeit für barrierefreies Handeln« ist Bestandteil des Aktionsplans der Sächsischen Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. //

So werde eine ganzheitliche Grundlage für die Teilhabe Behinderter in Sachsen geschaffen.

Ein Menschenrecht

Teilhabe, so Hanka Kliese, SPD, sei kein Akt der Gnade, sondern ein Menschenrecht. Es sei an

der Zeit, Menschen mit Behinderung als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner zu sehen. Genau darauf zielen die aktuelle Kampagne des Sozialministeriums »Behindern verhindern«. Sie solle Menschen anregen, über ihr Verhältnis zu Menschen mit Behinderung und über Spielräume zum Ab-

bau von Barrieren nachzudenken. Noch wichtiger als die Kampagne werde aber der zu erstellende Aktions- und Maßnahmenplan sein, von dem konkrete Verbindlichkeiten zu erhoffen seien.

Für Inklusionsgesetz

Auch Horst Wehner, DIE LINKE, forderte ganz konkrete Maßnahmen, um Barrieren in allen Bereichen der Gesellschaft abzubauen. Was beispielsweise sprachliche Barrieren betreffe, so sollte ein Gebärdensprach-

dolmetscher bei allen Landtagssitzungen selbstverständlich sein. Zudem sei es an der Zeit, das Gesetz zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderung im Freistaat Sachsen durch ein Sächsisches Inklusionsgesetz abzulösen.

Richtiger Schritt

André Wendt, AfD, bezeichnete vollumfängliche Teilhabe Behinderter am täglichen Leben als den richtigen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sei »Inklusion« ein missverständlicher Kampfbegriff, der oft mit »Integration« in einen Topf geworfen werde. Es sei zu begrüßen, wenn behinderten und nicht behinderten Kindern das



40. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

Der Freistaat Sachsen will zum Umdenken anregen, den Blick für das Wesentliche schärfen.

// Barbara Klepsch



// Gernot Krasselt



// Horst Wehner



// Hanka Kliese



// André Wendt



// Volkmar Zschocke

Recht auf ein gemeinsames Lernen eingeräumt werde. Aber dort, wo es Lernen verhindere, die Grenzen des allgemein Machbaren übersteige oder die Eignung einfach nicht vorhanden sei, müsse auf eine Förderschule zurückgegriffen werden. Bildung bedeute immer noch Bildung und nicht Betreuung.

Schon 2009 ratifiziert

Volkmar Zschocke, GRÜNE, gab zu bedenken, dass die UN-Behindertenrechtskonvention schon 2009 in Deutschland ratifiziert worden sei. Ohne den Druck der Behindertenverbände hätte sich die Staatsregierung wahrscheinlich nie auf den Weg in eine inklusive Gesellschaft

begeben. Von der Sozialministerin erwarte er Durchsetzungskraft, wenn es darum gehe, ihre Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ministerien dazu anzutreiben, sich mit mehr Elan und stärkerem Engagement für das Ziel »Behindern verhindern« einzusetzen.

Barrieren abbauen

Abschließend nahm Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, noch einmal auf die Koalitionsvereinbarung Bezug, die einen Landesaktionsplan enthalte, der gegenwärtig erarbeitet werde. Die Kampagne »Behindern verhindern« ziele in dieselbe Richtung und rege dazu an zu

diskutieren, nachzufragen oder auch Kritik zu üben. Damit wolle der Freistaat Sachsen wachrütteln, zum Umdenken anregen, den Blick für das Wesentliche schärfen und dazu beitragen, Barrieren in den Köpfen und Herzen abzubauen.



www.soziales.sachsen.de

Zum Begriff Inklusion

Als soziologischer Begriff beschreibt das Konzept der Inklusion eine Gesellschaft, in die jeder Mensch gleichberechtigt und anerkannt einbezogen ist und an der er selbstbestimmt teilhaben kann – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft, von Religionszugehörigkeit oder Bildung, von eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen. So auch im Bereich der Bildung. Die inklusive Pädagogik beschreibt

einen Ansatz, der im Wesentlichen auf der Wertschätzung der Vielfalt beruht. In einem inklusiven Bildungssystem lernen Menschen mit und ohne Behinderungen von Anfang an gemeinsam.



www.inklusion-schule.info



40. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Dr. Frauke Petry // Fotos: R. Deutscher

Uwe Nösner

Wenn Kinder heiraten (müssen)

AfD: 56 Kinderehen in Sachsen

Kinderehen, so Dr. Frauke Petry, AfD, seien hierzulande nicht zulässig. Vor diesem Hintergrund sprach sie sich dafür aus, auch im Ausland geschlossene Ehen mit Minderjährigen für unzulässig zu erklären. 13-, 14- und 15-jährige Mädchen gehörten nicht in eine Ehe, sondern in eine Schule. Andernfalls bedeute das einen Angriff auf ihre Menschenwürde und ihr Selbstbestimmungsrecht. Durch die Zuwanderung werde Deutschland jedoch immer mehr mit diesem Problem konfrontiert. Rico Anton, CDU, betonte, dass Sex mit einem Kind – auch mit einem Trauschein – Missbrauch sei und Missbrauch bleibe. Ehen mit Minderjährigen unter 14 Jahren seien mit der deutschen Rechtsordnung unvereinbar. Grundsätzlich seien Ehen, die nach geltendem ausländischem Recht geschlossen worden seien, in Deutschland anerkannt. Verstießen sie aber gegen wesentliche Grundsätze deutschen Rechts, könne ein Gericht im Einzelfall die Ehe aufheben.

// Eine von der AfD-Fraktion beantragte Debatte zum Ausländerrecht stand auf der Tagesordnung der 40. Sitzung des Sächsischen Landtags am 1. September 2016. Sie trug den Titel »Wenn Kinder heiraten (müssen) – 56 Kinderehen in Sachsen«. In Sachsen gibt es nach Angaben der Staatsregierung tatsächlich 23 Ehen mit minderjährigen Frauen. //

Keine Kinder mehr

Juliane Nagel, DIE LINKE, wies darauf hin, dass 98 Prozent der in Rede stehenden jungen Menschen keine Kinder mehr, sondern über 16 Jahre alt seien. Gebe es Anzeichen für Zwangsverheiratung, die Missachtung von Selbstbestimmung oder Kindeswohlgefährdung, dann müssten die Ehen allerdings sehr wohl auflösbar sein. Eine generelle Heraufsetzung des Heiratsalters und die Möglichkeit der Unwirksamkeitserklärung aller im Ausland geschlossenen Ehen Minderjähriger dagegen fände die Zustimmung ihrer Fraktion nicht. Harald Baumann-Hasske, SPD, hat das Ansinnen der AfD, im Ausland

geschlossene Ehen Minderjähriger in Deutschland generell nicht anzuerkennen, als unsinnig und populistisch zurückgewiesen. Die Grundrechte – insbesondere der Schutz von Ehe und Familie – verlangten es, dass jeder Fall im Einzelnen durch ein Gericht geprüft und nicht pauschal vom Gesetzgeber behandelt werde. Was die Antragstellerin wolle, sei nicht allein populistischer Unsinn, sondern auch schlicht verfassungswidrig.

Rechtsverletzung

Volkmar Zschocke, GRÜNE, bezeichnete die Kinderehe als Menschenrechtsverletzung.

Wenn es um Zwang und Gewalt gehe, dürfe es keine Rolle spielen, wo und wie die Betroffenen geheiratet hätten. Der AfD warf er vor, mit dem Thema Stimmung gegen den Islam zu betreiben. Er finde es unerträglich, wenn gerade Rechtskonservative und Rechtspopulisten die Kinder- und Frauenrechte immer dann beschwören, wenn sie möglicherweise von Ausländern verletzt worden seien.

Abschließend sprach sich Justizminister Sebastian Gemkow gegen die Anerkennung von Kinderehen aus. Es bestehe kein Zweifel daran, dass Kinderehen nicht mit unserem Verständnis von Ehe in Einklang zu bringen seien und die Eheschließung einer 13-Jährigen überhaupt nicht hinnehmbar sei. Jedenfalls zeige die Anerkennung von Ehen, die offenkundig der Ausbeutung von Mädchen diene, aus seiner Sicht ein völlig falsches Verständnis von Toleranz. Der Schutz des Staates müsse den Kindern gelten, nicht diesen Ehen.

300.000 Besucher beim 25. Tag der Sachsen

Foto: O. Killig

// Das traditionelle Fest der sächsischen Verbände und Vereine fand 2016 vom 2. bis 4. September in Limbach-Oberfrohna statt. Wie jedes Jahr zu diesem Ereignis waren auch diesmal das Zelt mit der interaktiven Wanderausstellung und der Infostand des Sächsischen Landtags gut besucht. Nächstes Jahr wird das Fest in Löbau stattfinden; als Veranstaltungsort für 2018 gab Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler die Stadt Torgau bekannt. //





Fotos: O. Killig

Hans-Peter Maier

Darf ich Ihnen mal 'ne Frage stellen?

Der 25. Tag der Sachsen ist Geschichte

// Ein Vierteljahrhundert »Tag der Sachsen« beschreibt eine gewichtige Tradition: Das Fest der Vereine für die Vereine – einst von Kurt Biedenkopf aus der Taufe gehoben und von Erich Iltgen als langjährigem Vorsitzenden des Kuratoriums »Tag der Sachsen« geprägt – ist längst zu einer Säule sächsischer Unterhaltungskultur geworden. In Limbach-Oberfrohna haben nach offiziellen Angaben vom 2. bis 4. September rund 300.000 Menschen das Spektakel mit Leben erfüllt. //

Beeindruckend war das Stimmengewirr, das sich im Zelt des Sächsischen Landtags verfangen hatte: natürlich viel Lokales, aber auch Akzente und Dialekte aus anderen Gegenden der Republik und Sprachen, die eindeutig fremden Kontinenten zuzuordnen waren. Die Vielfalt zeigte ihr Gesicht folgerichtig auch in der Kleidung, die teilweise ganz ferne Provenienzen vermuten ließ.

»Ich will Ihnen mal was sagen«, erklärte uns ein Angesprochener. »Ich bin hier nur reingekommen, weil ich mal gucken wollte. Aber jetzt find ich's richtig interessant, weil wir hier Zeit für Gespräche haben und Antworten auf Fragen bekommen. Hier habe ich nicht das Gefühl, dass ich fragen muss, ob ich eine Frage stellen darf.«

Machen wir uns nichts vor: Der das sagte, gehört – leider – einer Minderheit an, einer recht großen zwar, aber eben doch einer Minderheit. Der Tag der Sachsen wird von vielen lediglich als ein Unterhaltungsangebot wahrgenommen, bei dem Information oder gar politische Bildung eine untergeordnete Rolle spielen und höchstens immer mal wieder ganz angenehmes Beiwerk darstellen.

Die interaktive Wanderausstellung des Sächsischen Landtags hatten wir mit einem Zehn-Fragen-Quiz verbunden, an dessen glücklichem Ende ein Besuch der Semperoper und wahlweise ein Abendessen oder eine Übernachtung stehen konnte. Die Bereitschaft, die Fragen





ohne Vorsagen beantworten zu wollen, schien deutlich größer als in den Jahren davor gewesen zu sein. Auch gewannen wir den Eindruck, dass mehr Fach- und Sachfragen gestellt wurden, als wir das in zwei Dekaden wahrgenommen hatten.

Interviews mit Parlamentariern

Ein immer wiederkehrendes Ereignis am Tag der Sachsen sind die Interviewsequenzen mit Parlamentariern. Allen voran stand der Präsident des Sächsischen Landtags und Vorsitzende des Kuratoriums Tag der Sachsen, Dr. Matthias Röbner, den Journalisten Rede und Antwort und kündigte freudig Torgau als Veranstalterstadt 2018 an.

Alle waren sie sich einig – ob Landtagspräsident, Ministerpräsident, Minister oder Vorsitzende der Fraktionen im Landtag –, dass »25 Jahre noch lange nicht genug« seien. Stanislaw Tillich sprach von einer einzigartigen Anstrengung, die den Sachsen jedes Jahr große Anerkennung in ganz Deutschland zuteilwerden ließe. Sein Stellvertreter, Martin Dulig, wertschätzte den Tag der Sachsen als eine »herausragende Leistungsschau des Ehrenamtes«.

Dennoch waren wie in jedem Jahr auch ein paar unterwegs, die das wenig rührte. Bei uns am Stand bekamen wir das über eine sorgfältig tradierte »Abgreifmentalität« mit. Gesprächsfetzen wie »... sieht gut aus, können wir mal mitnehmen« erregten unsere Aufmerksamkeit. Tatsächlich war es ein ASPEKTE-Band, der ins Auge gestochen hatte. Einmal aufgeklappt und darin geblättert, hatte er schnell an Anziehungskraft verloren. »Dann nicht«, nickte die Dame verständnisvoll. »Man sollte eben nicht nur aufs Äußere gehen!« Wir haben ihr recht gegeben.

Bestellungen werden prompt erledigt

Gerade jene Bände – sieben an der Zahl – sind sehr preisintensiv, weil in ihnen sehr detailliert und wissenschaftlich ausgereift die Geschichte der Landtage seit dem 15. Jahrhundert wiedergegeben wird. Mit Personenregister und Landkarten aus den entsprechenden Epochen stellen die einzelnen Bände eine professionelle Bibliographie von Historikern für Historiker und historisch Interessierte dar.

Für Bestellungen haben wir einen Online-Dienst eingerichtet, über den problemlos bestellt werden kann. Wir versprechen Ihnen, Ihre entsprechenden Wünsche zügig zu bearbeiten.

Tüten gab's am Stand an der Paul-Seydel-Straße, Ecke Albertstraße, auch und wir haben uns gefreut, miterleben zu dürfen, wie aus anfänglichem Fingerzeigen, unterlegt mit einem dumpfen Grummeln, tatsächlich vollständige Sätze wurden, die ein empathisches »Bitte« einschlossen.

Um Nachsicht bitten wir an dieser Stelle all jene mitgereisten Mütter, Väter und Großeltern und sonstigen Verwandten, die vergeblich versucht hatten, an unserem Glücksrad zu drehen, und mit der Begründung »zu alt« abgewiesen wurden. Die Kleinen und Kleinsten durften es – doch die Großen nicht. Zugegeben: hart, aber am Ende vielleicht doch verständlich.

Es war ein toller Tag der Sachsen mit Ihnen allen und wir freuen uns auf eine Neuauflage in Löbau im nächsten und in Torgau im übernächsten Jahr!





Den respektvollen Umgang tragen wir au

FC Landtag – Ein Besuch bei den Freizeitkickern des Sächsischen Landtags

Paul Günther



// FC Landtag – seit mehr als 20 Jahren treffen sich hier Abgeordnete, Mitarbeiter der Fraktionen und der Verwaltung, um gemeinsam zu kicken. Mit mehr oder weniger Erfolg in der Spielbilanz, mit umso mehr Freude am gemeinsamen Hobby und mit Fairness im gegenseitigen Umgang jenseits der politischen Auseinandersetzung. //



Fotos: S. Giersch

Es ist ein kühler Freitagabend. Die Arbeit im Sächsischen Landtag gewinnt nach der Sommerpause gerade wieder an Fahrt. Zum Ausklang der ersten Arbeitswoche im neuen Parlamentsjahr – am Tag zuvor hatte die erste Beratung des Doppelhaushalts 2017/2018 stattgefunden – wird es sportlich. In Fahrgemeinschaften und nach einer Anreise durch eine reizvolle Landschaft nähern wir uns unserem Ziel: dem Sportplatz von Haselbachtal, einer kleinen Gemeinde in der Nähe von Kamenz.

Freizeitturnier zum Wochenausklang

Hier soll heute ein Blitzturnier stattfinden. Neben den Gastgebern sind die Altherren-Mannschaften vom Thonberger SC und vom FV Brettnig-Hauswalde beteiligt. Die vierte Mannschaft im Bunde ist der FC Landtag. Der Verein, der mit vielen Abgeordneten und aktuellen wie ehemaligen Mitarbeitern der Landtagsverwaltung vertreten ist und sogar einen Nachwuchskicker als Ersatztorwart dabei hat, muss im ersten Spiel direkt

gegen den Thonberger SC ran. Die Landtagsvertretung in den typischen grünen Trikots beginnt furios und erzielt den Führungstreffer bereits in der siebenten Minute. Doch nach dem Tor lässt die Kraft der Parlamentself nach – es ist manchen Spielern anzumerken, dass die individuellen Trainingseinheiten zwischen den Turnieren nicht die allerhöchste Priorität genießen. Marko Schiemann, der Präsident und Trainer des FC Landtag, peitscht seine Jungs nach der Führung weiter nach vorn, um den Vorsprung auszubauen,

jedoch gelingt beiden Mannschaften kein weiteres Tor in der ersten Halbzeit und so geht es mit einer 1 : 0-Führung für die Grünen in die Pause.

Wechselvolle Vereinsgeschichte

Das gibt Gelegenheit zu einem kurzen Plausch mit dem Coach. Schiemann berichtet aus der mittlerweile mehr als 20-jährigen Vereinsgeschichte, die 1995 mit der Gründung begann und den Verein nach Höhen und Tiefen

zu vielen tollen Benefiz- und Freundschaftsspielen geführt hat. Das persönliche Highlight für Schiemann und die ganze Mannschaft war ganz klar ein Freundschaftsspiel gegen den FC Landtag aus Nordrhein-Westfalen, das auf dem heiligen Rasen der SG Dynamo Dresden ausgetragen wurde und nach einem tollen Spiel mit einem Sieg und einem gemeinsamen sächsischen Abend endete. Viele Spiele hat der FC Landtag in sächsischen Städten und Gemeinden bestritten. Unvergessen bleiben die Spielbegegnungen in Leipzig, Chemnitz, Riesa, Freiberg, Plauen, Wurzen, Bautzen, Görlitz, Reichenbach, Marienberg, Brand-Erbisdorf, Hartmannsdorf und Wernesgrün. Die Aufzählung der Spielorte

ben neu organisiert – die Arbeit ist heute auf mehrere Schultern verteilt. Die Ämterhäufung früherer Tage habe sich nicht als Erfolgsrezept bewährt, bilanziert Schiemann mit einem Augenzwinkern. Ob das moderne Teamwork verfängt und möglicherweise als Blaupause für die Arbeit im Sächsischen Landtag dienen kann, bleibt abzuwarten.

Sieg im Elfmeterschießen

Nach dem Gespräch mit Schiemann geht es nun auch auf dem Platz weiter und die Spieler sind wieder voll konzentriert. Nach dem Anpfiff beginnt Thonberg stark und setzt den FC Landtag unter Druck. Es folgen viele hochkarätige Chancen, die

Nach langem Hin und Her ertönt der Schlusspfiff. Unentschieden. Das heißt Elfmeterschießen! Nach dem ersten Treffer des FC Landtag setzt ein Spieler aus Thonberg den Ball wuchtig an den Pfosten. Den Vorsprung lassen sich die Grünen nicht mehr nehmen. 4 : 3 heißt es am Ende der Auftaktpartie in Haselbachtal. Der FC Landtag geht als Sieger vom Feld.

Die Spieler nutzen ihre wohlverdiente Pause zur Flüssigkeitsaufnahme und zu intensiven Diskussionen über Strategie und Spieltaktik. Die Stimmung ist heiter und es ist zu erkennen, dass sich die Spieler trotz ihrer z. T. gegensätzlichen politischen Heimat

Zweiter Platz für die Parlamentskicker

Während die Parlamentskicker ihren Knochen die wohlverdiente Pause gönnen, spielen die nächsten Mannschaften auf dem Platz um den Finaleinzug. Der klare Sieger aus diesem Spiel heißt SV Haselbachtal.

Bevor der FC Landtag in der Finalpartie gegen die Gastgeber um den Sieg spielt, müssen sich die Spieler noch ein paar Dehnungsübungen unterziehen, um keine Zerrungen zu riskieren. Das Finale beginnt mit einem Anrennen der Gastgeber aus Haselbachtal, das verdient mit einem Tor gekrönt wird. Die Grünen lassen sich davon nicht

ch in den Plenarsaal.

ließ sich noch weiter fortsetzen. Auch in diesem Jahr bestritten die Hobbyfußballer schon herausragende Spiele, wie z. B. gegen den FC Diabetologie in Zwickau, der vom Schirmherrn der Organisation und ehemaligen Startrainer Christoph Daum trainiert wurde, oder in der DFB-Sportschule gegen eine Leipziger Promi-Auswahl.

Basierend auf den Erfahrungen vergangener Saisons haben die Politikicker das Vereinsle-

schließlich im Ausgleichstreffer münden. Die Spieler in den grünen Trikots wirken zunächst etwas geschockt, kämpfen sich jedoch ins Spiel zurück. Kurz vor Ende der regulären Spielzeit merkt man beiden Teams die schwindenden Kräfte an. Den Parlamentsfußballern mangelt es weder an Kreativität noch an Spielwitz, wohl aber an der Kondition und dem Tempo, diese auch in zählbare Ergebnisse zu verwandeln.



gut verstehen. Da stellt sich die Frage, ob das gemeinsame Engagement im FC Landtag auch Auswirkungen auf das Miteinander in der politischen Arena hat. »Das Fußballspielen verbindet uns. Auf dem Rasen haben wir Respekt, sowohl untereinander als natürlich ebenso vor dem Gegner. Diesen Umgang pflegen wir auch im Plenarsaal. Wir gehen, trotz unterschiedlichster – z. T. gegensätzlicher – politischer Überzeugungen und Weltanschauungen, fair miteinander um und greifen einander im parlamentarischen Wettstreit nicht auf der persönlichen Ebene an«, konstatiert Schiemann, der seit 1999 an der Spitze des Vereins steht.

beeindrucken und gelangen durch einen Foulelfmeter zum Ausgleich. Nach der Pause lässt sich die fehlende Spielpraxis der Gäste jedoch nicht mehr vertuschen. Hinzu kommt jetzt auch noch Verletzungsspech. Letztlich können die Kicker des FC Landtag dem Druck der gegnerischen Mannschaft nicht länger standhalten und verlieren das Finale mit 1 : 3. Am Ende belegt der FC Landtag einen hervorragenden zweiten Platz und kann erhobenen Hauptes die Heimreise antreten. Ab Montag wartet schließlich im Parlament die Ausschusswoche.

FC Landtag



Der FC Landtag absolviert pro Saison sechs bis acht Spiele, so z. B. alljährlich beim »Tag der Sachsen«, wo sich die Politiker traditionell zum Auftakt einen fußballerischen Schlagabtausch mit dem Sächsischen Beamtenbund liefern. Der Verein zählt 49 Mitglieder, vertreten sind alle fünf Fraktionen des Landtags. Neben 43 mehr oder weniger aktiven Spielern zählt der Verein auch Fördermitglieder, wie z. B. die Landtagsvizepräsidenten Andrea Dombois und Horst Wehner. Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler ist Ehrenmitglied. Ebenso wie die Fraktionsvorsitzenden sind sie den Kickern immer eine

willkommene Unterstützung bei den Spielen. Über weitere Verstärkung freut sich der Verein jederzeit. Mitmachen können Abgeordnete, Mitarbeiter der Fraktionen sowie der Landtagsverwaltung.

Kontakt:
Marko Schiemann
Präsident des FC Landtages e.V.
Bernard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Frank Götz
Geschäftsführer FC Landtag
über E-Mail:
fc.landtag.gf@outlook.de
www.facebook.com/FCLandtag/
www.landtag.sachsen.de/de/

www.facebook.com
/FCLandtag/





Foto: S. Giersch

Dr. Thomas Schubert

»Bürger und Demokratie« – Repräsentation

// Obgleich allorts von Demokratie gesprochen wird, geraten oftmals Grundprinzipien, auf denen unsere parlamentarische Demokratie beruht und die für deren Verstehen und Akzeptanz zentral sind, aus dem Blickfeld. Das gilt besonders für das Verhältnis von Bürgern und Demokratie, für die gelebte Volkssouveränität, in der die Bürger ihre Demokratie ausformen. Die Artikelserie rückt dieses Verhältnis in den Mittelpunkt, indem sie vier Prinzipien nachgeht: »Partizipation«, »Repräsentation«, »Delegation« und »Legitimation«. //

Politische Repräsentation ist das zentrale Struktur- und Funktionselement moderner Demokratien. Sie überführt die Staatsgewalt, die vom Volk ausgeht, zum Zweck ihrer Ausübung in eine verfassungsmäßige Ämterordnung. Sie institutionalisiert auf diese Weise,

»dass alle öffentliche Gewalt nur als rechtlich eingehegte, zeitlich befristete, gemeinwohlgebundene und rechenschaftspflichtige Macht ausgeübt werden soll«, und verbindet so das Demokratieprinzip mit dem Amtsgedanken.¹

Repräsentation und Volkssouveränität

Im Verhältnis von Bürgern und Demokratie birgt die Repräsentation Konfliktpotenzial; bedingt sie doch, dass die Bürger (der Souverän) ihre unmittelbare politische Gestaltungsmacht

in die Hände gewählter Vertreter legen, die dann ohne bindenden Auftrag des Volkes agieren. Da in demokratischen Verfassungsstaaten neben der Volkssouveränität gleichauf die Parlaments- und Verfassungssouveränität rangiert, entsteht ein unauflösbares Spannungs-

verhältnis. Repräsentation im institutionellen Sinne ist schließlich kaum vereinbar mit der hehren Idee direkter Bürgerdemokratie.

Jedoch verlangt nicht nur die territoriale Größe moderner Massengesellschaften die Machtdelegation von der Bürgerschaft zu einer politischen Repräsentanz. Vor allem das Bedürfnis, die Vielfalt und Komplexität der freien Gesellschaft im politischen System abzubilden, erfordert geradezu die repräsentative Ordnung der Demokratie. Dem Ausgleich des Souveränitätsverlustes der Bürger dient dabei ein »Sicherungssystem« aus zeitlich befristeter Herrschaft und regelmäßig neuverteilter Macht (durch freie Wahlen), Bindung der Repräsentanten an Verfassung und Gesetz sowie Aufteilung und Kontrolle der Repräsentativgewalt.²

Allerdings setzt die repräsentative Demokratie wie keine andere Ordnungsform ihre Akzeptanz durch die Bürger voraus. Diese müssen, soll das Gemeinwesen gedeihen, den demokratischen Prozess fördern und seine Ergebnisse



Fotos: S. Giersch

als allgemein verbindlich akzeptieren. Repräsentanten und Repräsentierte sind also aufeinander angewiesen. Während die Repräsentation ihre Legitimität allein aus der Wahl ableitet, benötigen die Bürger eine organisierte Form von Politik, die für sie handelt. Dass ein derart komplementäres Verhältnis nicht immer konfliktfrei funktioniert und auch Enttäuschungen produziert, versteht sich.³

Bewährt, aber in der Kritik

Die repräsentative Demokratie hat sich in Deutschland zweifellos bewährt und ist auf Landes- und Kommunalebene längst direkt-demokratisch durchmischt. Trotzdem ist sie im Stress. Zunehmend finden getroffene Entscheidungen nicht die notwendige Akzeptanz in Teilen der Bürgerschaft und zunehmend erweitert diese ihre übliche Kritik an Politikern und Parteien zu einer Kritik am Repräsentativsystem.⁴

Wenn sich mehr und mehr Bürger in Deutschland nicht politisch repräsentiert fühlen, dann hat dies viele Ursachen. Die gegenwärtig sichtbarste hat Werner J. Patzelt als »Repräsentationslücke« identifiziert.⁵ Was mit der »Eurorettungspolitik« begann, setzte sich in der Flüchtlingskrise fort – die parlamentarisch vertretenen Parteien versäumten die Rückkopplung zu dem (nicht kleinen) Teil der Bevölkerung, der ihr politi-

sches Handeln kritisierte. Dass die öffentliche Kritik keinen Eingang in das politische Meinungsspektrum fand, riss eine »Repräsentationslücke« auf, die neuen Parteien Raum zu Entfaltung bietet.

Parteien fungieren als zentrale Scharniere zwischen Gesellschaft und Staat. Die repräsentative Demokratie ist daher immer auch Parteiendemokratie, die aber, Roman Herzog und andere Honorige haben es jüngst mit Nachdruck betont, »vitale Parteien« und »den offenen Diskurs« braucht.⁶ Wenn Parteien nach innen »verknöchern« und nach außen gesellschaftliche Probleme ignorieren oder den öffentlichen Diskurs abschnüren, dann agieren sie nur noch bedingt als Mittler in der politischen Willensbildung und schaden der Repräsentativdemokratie. Diese bedarf nämlich der politischen Rückkopplung zur Öffentlichkeit der Bürgergesellschaft.





- 1 Peter Graf Kielmansegg: Erwartungen, Enttäuschungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. September 2015.
- 2 Vgl. Repräsentation, in: Manfred G. Schmidt: Wörterbuch zur Politik, 2. Aufl., Stuttgart 2004, S. 612 f.
- 3 Vgl. Peter Graf Kielmansegg: Die Grammatik der Freiheit, Baden-Baden 2013, S. 39–69.
- 4 Siehe hierzu die Studie von Tom Mannewitz: Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat, Baden-Baden 2015.
- 5 Vgl. Werner J. Patzelt: »Repräsentationslücken« im politischen System Deutschlands? Der Fall PEGIDA, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 13 (2015), S. 99–126.
- 6 Vgl. Roman Herzog u. a.: Demokratie braucht vitale Parteien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. April 2016.
- 7 Vgl. Udo di Fabio: Schwankender Westen. Wie sich ein Gesellschaftsmodell neu erfinden muss, München 2015.

Mehr Stärken als Schwächen

Gegenwärtig neigen einige Kritiker der repräsentativen Demokratie dazu, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Wer wenige Schwächen verabsolutiert und viele Stärken ignoriert, wer der vermeintlichen Vollkommenheit idealtypischer Demokratien das Wort redet, der führt keine redliche Debatte, sondern betreibt Demagogie.

Ja, die repräsentative Demokratie hat Schwächen. Sie ist zuweilen umständlich, kann blockiert sein, lähmend wirken, Reformen scheuen und Hauptsächliches aus dem Blick verlieren. Auch droht sie stets in die Fänge einer überbordenden Parteienoligarchie zu geraten, die sich die staatlichen Institutionen zur Beute macht. Und nicht zuletzt ist sie anfällig für einen demokratischen Paternalismus, der – ob nun aus hehren Motiven oder nicht – die Bürger politisch bevormundet.

Ihre Stärken wiegt das freilich nicht auf. Die repräsentative Demokratie ist (auf absehbare Zeit) das einzig realistische demokratische Organisationsformat

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.«

Grundgesetz Artikel 20 (2)



Foto: © Christian Schwier – Fotolia.de

für moderne Gesellschaften. Nur sie kann die anspruchsvollen Voraussetzungen gesellschaftlicher Großsysteme in Freiheit und Selbstbestimmung bedienen. Ihre Fähigkeiten,

Kompromisse zu bilden, Minderheitenrechte zu berücksichtigen und zugleich das eiserne Durchsetzen von Partikularinteressen zu vermindern, sind klare Vorzüge. Ihr entschleunigtes

Handeln ermöglicht es den politischen Repräsentanten, bei ihren Entscheidungen vielfältige Ansichten zu berücksichtigen. Denn anders als oft behauptet, wird der repräsentative Willensbildungs- und Entscheidungsprozess durchweg von einer kritischen Öffentlichkeit begleitet und beeinflusst. Die repräsentative Demokratie agiert nicht nur, sie reagiert auch. Ihre größte Stärke ist jedoch ihr evolutionärer Charakter. Reformen und Verbesserungen, wie wir sie regelmäßig diskutieren, sind ihr Jungbrunnen, wobei jedoch auch hier ein Ausgleich geboten ist zwischen mehr direktdemokratischen Impulsen und einem unabdingbaren Maß an repräsentativer Beständigkeit.⁷

Natalie Mayer

Von Washington nach Dresden

Eine US-amerikanische Studentin über den Sächsischen Landtag

// Sächsischer Landtag // Foto: S. Giersch



// Natalie Mayer (19) absolvierte ein Praktikum beim Sächsischen Landtag. Im Folgenden gibt sie Einblick in die Erfahrungen mit der parlamentarischen Demokratie in Sachsen und in ihre Arbeit im Parlament. //

Als ich erfahren habe, dass ich beim Sächsischen Landtag ein neunwöchiges Praktikum machen darf, war ich darauf total gespannt. Als US-Amerikanerin kannte ich die Politik in meinem Land natürlich sehr gut. Weit weniger wusste ich aber von der deutschen Politik, speziell von der auf Landesebene. Da ich an der George Washington University in Washington D.C. internationale Beziehungen und Politikwissenschaft studiere, interessierte mich der Vergleich zwischen dem amerikanischen und dem deutschen System. Obwohl beide vieles gemeinsam haben, wollte ich etwa sehen, was in Deutschland besser funktioniert als in Amerika. Eine Besonderheit war dabei das vielfältige parteipolitische Spektrum im Landtag. In meinem Land gibt es nur zwei große Parteien, die alle Parlamentssitze halten. Immer mehr Leute meinen deshalb, die beiden Parteien spiegeln die Meinungen der Bevölkerung gar nicht mehr wider. Daher war ich gespannt zu sehen, wie ein Mehrparteiensystem arbeitet und ob es die Interessen der Bevölkerung besser einfängt

und vertritt als ein Zweiparteiensystem.

Vor allem aber habe ich im Landtag das parlamentarische System beobachten können, und ich finde, dass es besser funktionieren kann als das präsidentielle System der USA. Denn ohne eine feste Mehrheit in der Legislative ist es für eine Regierung sehr schwierig zu agieren. Das merkt man gegenwärtig in den Vereinigten Staaten, wo der Präsident und die Mehrheit im Kongress jeweils einer anderen Partei angehören. Das bedeutet, dass weniger Gesetze erfolgreich verabschiedet werden können und es oft politischen Stillstand gibt.

Anderer Umgang mit Themen

Während meiner Praktikumszeit habe ich folglich nicht nur viel über deutsche Politik gelernt, sondern auch über Deutschland selbst und darüber, wie anders die Deutschen mit manchen Themen umgehen. Zum Beispiel ist den Amerikanern der Datenschutz nicht so wichtig wie den Deutschen. Während es in Sachsen einen Datenschutzbeauftragten gibt, existiert in Amerika keine Behörde, die sich um Datenschutz kümmert. Entsprechend machen sich viele Amerikaner kaum Gedanken darüber. Auch fand ich es beeindruckend, wie

stark sich die Deutschen mit der Umwelt beschäftigen. In Amerika hingegen bestreiten viele, dass der Klimawandel existiert und dass die Menschheit daran mit Schuld trägt. Entsprechend gering ausgeprägt ist dort das Bewusstsein für Umweltschutz.

Es war für mich eine große Erfahrung, erstmals im Ausland zu arbeiten. Alle, mit denen ich im Landtag zu tun hatte, waren mir gegenüber unglaublich zuvorkommend. Jedoch ist die deutsche Arbeitswelt förmlicher als die amerikanische. Zum Beispiel sprechen sich in Amerika fast alle Mitarbeiter mit ihren Vornamen an. Im Landtag hört man das nicht so oft. Sehr froh war ich, dass viele mit mir über Politik diskutieren wollten. Ich habe aus diesen Gesprächen gelernt. Sie haben mir geholfen, Dinge aus einer anderen Perspektive zu sehen und andere Sichtweisen zu verstehen, was wichtig ist.

Alles in allem habe ich im Landtag wichtige Erfahrungen gesammelt und in Dresden wie in Sachsen sehr viel Schönes erlebt. Wenn ich wieder in Washington bin, werde ich mich gern an die netten Leute und die super Zeit hier erinnern.

Praktika amerikanischer Studenten bei Landtagen erfolgen im Rahmen des **Émigré Memorial German Internship Program – German State Parliaments (EMGIP)**.

Die Studenten werden von »Cultural Vistas«, einer US-amerikanischen Non-Profit Organisation, die seit 40 Jahren Praktika im Ausland ermöglicht, vermittelt. Jährlich kommen etwa 6.000 junge Berufstätige und Studierende in die USA und ca. 500 junge Amerikaner absolvieren ein Praktikum in Deutschland, der Schweiz, Spanien,

Argentinien, Chile oder Russland. Neben individuellen Programmen verwaltet Cultural Vistas eine Reihe von Stipendienprogrammen, u. a. das **Parlamentarische Patenschaftsprogramm**, das **Robert Bosch Foundation Fellowship Program**, das **Alfa Fellowship Program** und Sommerprogramme für verschiedene US-Universitäten. Weitere Informationen über Cultural Vistas finden Sie auf der Website unter www.culturalvistas.org.



»Sachsens ›große«

Eine Karikaturenserie in der Dresdner Volkzeitung von 1926

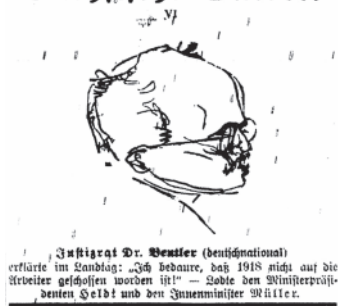
// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

Im Oktober 1926 stand in Sachsen eine Landtagswahl an. Wahlplakate, Flugblätter und Leitartikel zeugen von einem leidenschaftlich geführten Wettbewerb um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler. Ähnlich wie heute trat der Wahlkampf rund einen Monat vor dem Wahltermin in seine heiße Phase ein.

Politische Satire in der Tageszeitung

Eine der größten sächsischen Zeitungen, die Dresdner Volkzeitung (DVZ), nahm den Wettstreit um die Wählergunst zum Anlass, eine Serie von Karikaturen sächsischer Landtagsabgeordneter zu veröffentlichen. Sie nannte die Serie ironisch auch »Sachsens ›große« Männer«. Die Karikaturen wurden damals ausgeschnitten und in ein Album geklebt. Dieses Album befindet sich in den Sammlungen der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB). Es ist ein besonderes Dokument, denn bildliche Darstellungen von Landtagsabgeordneten waren in der Weimarer Republik selten. Wie in der politischen Satire üblich, wurden die Politiker im wahrsten Sinne des Wortes

Sächsische Galerie



Justizrat Dr. Beutler (deutschnational) erklärte im Landtag: »Ich bedaure, daß 1918 nicht auf die Arbeiter geschossen worden ist!« – Lobte den Ministerpräsidenten Seibt und den Innenminister Wüller.

// Moritz Beutler (DNVP). // © Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek

»überzeichnet«: Körperhaltung, physiognomische Besonderheiten wie die Kopfform, aber auch die Frisur, Brille und Ähnliches wurden genutzt, um die Parlamentarier zu charakterisieren. Fast alle Dargestellten wirken älter, als sie tatsächlich waren. Ihr Ausdruck ist mal grimmig, mal teilnahmslos. Unter den Karikaturen findet sich ein kurzer ironischer, bisweilen auch zynischer Kommentar oder ein besonders verfängliches Zitat der abgebildeten Person. So steht unter dem Konterfei des deutschnationalen Abgeordneten Moritz Beutler: »Erklärte im Landtag: ›Ich bedaure, daß 1918 nicht auf die Arbeiter geschossen worden ist!.« Dies gesagt zu haben, wurde Beutler zwar aktenkundig vorgeworfen, nach dem Zitat selber sucht

man in den Protokollen der Landtagssitzungen allerdings vergeblich. Die Verfasser der Bildunterschriften arbeiteten also gezielt mit Übertreibungen und fragwürdigen Behauptungen. Das war aber nichts Ungewöhnliches in den Wahlkämpfen der Weimarer Republik – genauso wenig wie in den Wahlkämpfen heute.

Warum aber gab sich ausgerechnet die DVZ so bissig?

Sächsische Galerie



Wirth (Dreizehnmögiger). Der »alte« benötigte Parteigenosse der fetten Partei haltet.

// Robert Wirth (ASP). // © Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek

Die meisten Zeitungen waren damals nicht neutral, sondern ließen sich einer politischen Richtung, manchmal sogar einem Flügel innerhalb einer Partei

zuordnen und vertraten ihre Position auch offensiv. Oftmals waren die Redakteure selbst Parteimitglieder oder sogar Landtagsabgeordnete. Die DVZ sympathisierte mit dem linken Flügel der SPD, der damals größten Partei in Sachsen, die sich aber im Landtag in der Opposition befand. Daher nahm die Zeitung in ihrer Serie Politiker aus allen anderen Fraktionen aufs Korn. Konservative Politiker, zum Beispiel jene der Deutschnationalen Volkspartei, aber auch eher liberale Politiker und die Kommunisten wurden skizziert. Sogar ehemalige Sozialdemokraten und der Landtagspräsident finden sich in der »Sächsischen Galerie ›großer« Männer«. Wenige Jahre zuvor, im Januar 1924, hatte sich die SPD-Fraktion im Streit in einen regierungstragenden rechten und einen linken oppositionellen Flügel gespalten. Die nunmehr rechts von der SPD stehenden »alten Sozialdemokraten«, wie Robert Wirth oder der Ministerpräsident Max Heldt, bekamen somit genauso ihr Fett weg wie Abgeordnete anderer Fraktionen.

Männer« digital



// Landtagsgeschichte zum Anfassen. Über die Website der SLUB lassen sich historische Zeitungen online durchblättern. // Foto: J. Pastewka

Digitalisierung öffnet »Sächsische Galerie«

Heute kann man die 18 Karikaturen im Original einsehen und als historische Quelle interpretieren. Man muss dazu aber gar nicht mehr die Bibliothek besuchen. Es geht auch viel bequemer: Denn inzwischen hat die SLUB die Dresdner Volkszeitung vollständig digitalisiert. Zuvor wurden auch schon die sächsischen Landtagsprotokolle seit 1831 online zur Verfügung gestellt. Ebenso stehen die Veröffentlichungen des Sächsischen Landtags zur Landtagsgeschichte auf der Website des Parlaments zum Herunterladen bereit.

Die »Sächsische Galerie« ist ein gutes Beispiel zu zeigen, wie viel Potenzial in der Digitalisierung steckt: So hat zum Beispiel die Deutsche For-

schungsgemeinschaft (DFG) eine Pilotphase initiiert, in der sich sechs Bibliotheken aus ganz Deutschland mit der Digitalisierung historischer Zeitungen beschäftigten. Neben der Digitalisierung der historischen Zeitungen verfassten die Bibliotheken unter der Federführung der SLUB einen Masterplan für die weitere Arbeit. In ihm wurden Hinweise, Richtlinien und Empfehlungen zur Zeitungsdigitalisierung in Deutschland formuliert. Im Rahmen dieses Projekts wurden bereits rund 1,5 Millionen Zeitungsseiten erfasst. Die DFG wird auf Grundlage des Masterplans entscheiden, ob und wie viel sie in Zukunft in die Zeitungsdigitalisierung investieren möchte. Der Prozess der Digitalisierung ist allerdings wesentlich komplexer, als es zunächst scheint. Denn nicht nur das Scannen,

sondern auch, etwas online zur Verfügung zu stellen, ist zeit- und kostenaufwendig. Aber die Vorteile liegen auf der Hand. Mittlerweile werden viele digitale Medien zudem im Volltext erfasst, sodass man sie nach bestimmten Stichwörtern durchsuchen kann. Noch ist es nicht so weit, doch die Digitalisierung ist die Zukunft.

Tageszeitungen als Fundgrube

Gerade in den sächsischen Tageszeitungen finden sich zahlreiche Geschichten und Begebenheiten, die in dieser Form einzigartig und eine wahre Fundgrube für jeden Forscher sind. Anfang des 20. Jahrhunderts waren die Zeitungen in der Medienlandschaft noch weitgehend konkurrenzlos. Es

gab kein Radio, kein Fernsehen und kein Internet. Debatten über Wirtschaft, Kultur, Sport und natürlich die kleine und große Politik fanden vor allem in den Zeitungen statt. Alle größeren Zeitungen – egal welcher politischen Richtung sie angehörten – brachten auch Berichte aus dem Landtag, druckten die Landtagsprotokolle ab, bevor sie in gebundener Form verfügbar waren. Gelegentlich finden sich auch Kommentare und Hintergrundberichte aus dem Parlament. Und wenn es in Richtung Wahltermin ging, dann positionierten sich die Zeitungen in die eine oder andere Richtung, druckten Wahlaufufe, Leitartikel von Abgeordneten oder eben Karikaturen. Je mehr Zeitungen in Zukunft digital verfügbar sein werden, desto mehr Ereignisse aus dem Landtag werden ans Licht kommen und desto differenzierter und plastischer wird Landtagsgeschichte rekonstruierbar.

Den Anfang der »Sächsischen Galerie« machte übrigens der Dresdner Oberbürgermeister und Landtagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei Bernhard Blüher. Seine Karikatur befindet sich in der Ausgabe der DVZ vom 23. September 1926 auf Seite 2.

Dresdner Volkszeitung Online:
<http://digital.slub-dresden.de/werksicht/dlf/122304>
Sächsische Landtagsprotokolle:
<http://landtagsprotokolle.sachsendigital.de/startseite/>

www.tu-dresden.de/landtagsgeschichte



Ausstellung

Augenstern – Alterswerke IV

Am 19. Oktober eröffnen der Künstlerbund Dresden e.V. und Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler mit einer Vernissage die nächste Ausstellung im Parlament. »Augenstern – Alterswerke IV« zeigt Arbeiten von knapp 100 bildenden Künstlern, die 70 Jahre und älter sind, und gibt damit einen anschaulichen Einblick in das umfangreiche Schaffen dieser Generation. Die Schau umfasst Werke aus den Genres Malerei, Grafik, Zeichnung, Collage, Mischtechnik, Bildhauerei, Skulptur und Fotografie. **Ausstellung:** 14. Oktober bis 14. November 2016, Bürgerfoyer; **Vernissage:** 19. Oktober 2016, 18 Uhr. Sie sind herzlich eingeladen.



Foto: S. Flüßel

Dänischer Botschafter zu Gast bei Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler

Am 19. August empfing Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler den Botschafter des Königreichs Dänemark, S.E. Friis Arne Petersen, zu einem Gespräch im Ständehaus. Themen waren die Zukunft der Europäischen Union nach dem Brexit sowie Vor- und Nachteile von Elementen der direkten Demokratie. Petersen betonte, dass Dänemark als fester Partner zur Europäischen Union stehe und die Weiterentwicklung der EU als unabdingbare Voraussetzung für die eigene Prosperität sehe. Außerdem erörterten die Gesprächsteilnehmer den Zusammenhang zwischen Stabilität, Freiheit und Sicherheit. Begleitet wurde Petersen von Honorarkonsul Joachim Hoof.



Foto: R. Deutscher

Antrittsbesuch des luxemburgischen Botschafters

Andrea Dombois, Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags, empfing am 30. Juni 2016 den Botschafter des Großherzogtums Luxemburg, S. E. Georges Santer. Zum Auftakt seines Antrittsbesuchs trug sich der Botschafter in das Gästebuch des Parlaments ein. Im Mittelpunkt des anschließenden Gesprächs im Ständehaus standen die aktuellen Herausforderungen, mit denen die europäischen Staaten konfrontiert sind. »Wir haben uns zudem intensiv über die nachbarschaftlichen Kontakte zu Polen ausgetauscht. Mit Besorgnis sehen wir die Bestrebungen der polnischen Regierung, Justiz und Medien unter ihre Kontrolle zu bringen und damit massiv in die Gewaltenteilung, ein Grundprinzip der Demokratie, einzugreifen«, so Andrea Dombois. Weitere Themen waren die demografische Entwicklung und die Auswirkungen des vorübergehenden Geburtenrückgangs in Sachsen nach 1990.

SERVICE

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

28. – 29.09.2016
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

09. – 10.11.2016
13. – 16.12.2016
01. – 02.02.2017

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fractionen

CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Veranstaltungen,
Besucherdienst und
Publikationen
Bernhard-von-
Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst

Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr
bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder, Dr. Thomas Schubert (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 06.09.2016
Gastautoren: Caroline Förster/Janosch Pastewka, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden; Paul Günther, Praktikant, Sächsischer Landtag; Natalie Mayer, Praktikantin, Sächsischer Landtag



[www.landtag.sachsen.de/
de/aktuelles/index.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx)



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt